

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 164. Ratssitzung vom 27. Februar 2013

3640. 2011/347

Postulat von Karin Meier-Bohrer (Grüne) und Karin Rykart Sutter (Grüne) vom 21.09.2011: Auszahlungspraxis der Ausbildungszulagen an die städtischen Mitarbeitenden

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Karin Meier-Bohrer (Grüne)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1744/2011): In der Stadt Zürich werden die Kinderzulagen beim Erreichen des 16. Altersjahrs automatisch nicht mehr ausgerichtet. Dass die Stadt Zürich die Ausbildungszulagen nur ausbezahlt, wenn sich die betroffenen Mitarbeitenden bei der Personalabteilung der Stadt Zürich melden, ist äusserst stossend. Offenbar wird jeweils ein Brief verschickt. Ich habe diesen jedoch nicht erhalten und musste mich selber erkundigen, warum keine Zulagen mehr ausbezahlt werden. Nicht alle städtischen Angestellten kennen ihren Anspruch auf Zulagen. Viele Angestellte in tiefen Lohnstufen haben keinen Zugang zu einem PC und wissen nicht, dass sie weiterhin Anrecht auf Familienzulagen haben. Genau diese städtischen Mitarbeitenden sind auf jeden Franken angewiesen. Das hilfreiche und übersichtliche Merkblatt zu den Familienzulagen könnte zusammen mit einem Anmeldeformular im Lohncouvert an alle Angestellten verschickt werden. Ich habe bei der Personalabteilung angerufen, um nähere Informationen zu den Zulagen zu erhalten. Leider war die telefonische Auskunft nicht hilfreich.*

***Matthias Wiesmann (GLP)** begründet den von Gian von Planta (GLP) namens der GLP-Fraktion am 5. Oktober 2011 gestellten Ablehnungsantrag: Die Kinder- oder Ausbildungszulagen stehen allen zu. Die Mitarbeiter müssen auch informiert werden. Die Personalabteilung hat seit 2010 systematisch einen Brief verschickt. Knapp vor dem 16. Geburtstag der Kinder werden die Eltern mit einem Brief darauf hingewiesen, dass man einen Antrag auf Ausbildungszulagen stellen muss. Bei Geburt des Kindes erhalten die Eltern ein Merkblatt, wo alles aufgeführt ist. Auch im Merkbüchlein für städtische Angestellte ist alles ausführlich beschrieben. Das Anliegen der Information ist in dem Sinne bereits erfüllt. Bei dem von der Postulantin erwähnten Fall handelt es sich um einen Einzelfall. Leider hat es dort mit der Information nicht funktioniert. Das ist bedauerlich. Doch was uns stört, ist der Anspruch auf Sicherstellung der Auszahlung der Zulagen. Die Stadt müsste aktiv nach Kindern suchen, denen Ausbildungszulagen zustehen würden. Die praktische Durchführung wäre nahezu unmöglich.*

Weitere Wortmeldungen:

***Urs Fehr (SVP):** Ich bin etwas erstaunt über das Votum von Karin Meier-Bohrer (Grüne). Sie erwähnte, dass besonders Personen mit tiefem Einkommen in der Regel*

2 / 2

keinen Internetanschluss hätten und sich nicht mit dem Thema befassen könnten. Ich bin der Meinung, dass auch diejenigen mit einem tiefen Einkommen ein Handy und irgendwo einen Internetanschluss haben. Es geht um Eigenverantwortung. Das Merkblatt wird verschickt. Auf Eigeninitiative könnte man danach die Kinderzulagen anmelden.

Cäcilia Hänni-Etter (FDP): *Ich verstehe, dass die Mitarbeiter Bescheid wissen müssten, was sie zugute haben. Ich habe nun aber auch vernommen, dass diese Information offensichtlich bereits erfolgt. Von Karin Meier-Bohrer (Grüne) habe ich gehört, dass sie die Textänderung der CVP entgegen nehmen würde. Auch unser Antrag lautet auf Textänderung. Wir möchten nicht, dass es im Postulat heisst, dass die Stadt dafür sorgen müsse, dass die Mitarbeiter die Zulagen erhalten. Die Mitarbeiter haben in diesem Bereich auch eine Hohlschuld. Die Stadt soll die Mitarbeiter in geeigneter Weise über ihr Anrecht auf die Zulagen informieren. Wenn das nicht genügend erfolgt, müsste die Stadtverwaltung in der Personalabteilung in diesem Bereich nachbessern. Doch die Stadt kann nicht aktiv bei jedem Mitarbeiter kontrollieren, ob er die Zulage auf dem Konto hat.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Martin Vollenwyder: *Zum Votum von Karin Meier-Bohrer (Grüne): Ich entschuldige mich für die unfreundliche Auskunft der Personalabteilung. Der Vorstoss hat aber bereits zu gewissen Verbesserungen geführt. Manchmal ist die Sachlage aber auch nicht einfach. Nicht alle Leute wissen jeweils, ob ihre Kinder rechtlich gesehen noch in der Ausbildung sind oder nicht. Seit wir die Information durchführen, scheint es aber zu funktionieren. Wir nehmen das Postulat entgegen, da wir es bereits erfüllen.*

Das Postulat wird mit 55 gegen 60 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat